



**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Stadtrates**

**am 14.11.2024
im Sitzungssaal des Rathauses**

I. Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 17.10.2024
2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 17.10.2024
3. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge
4. Erlass einer Satzung über die Herstellung und Ablösung von Garagen und Stellplätzen
5. Städtebauförderung - Jahresantrag 2025
6. Regionalmanagement von Altmühl-Jura - Antrag zur Förderung im Rahmen der FÖRLa III
7. Mitteilungen und Anfragen

II. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die 21 Mitglieder des Stadtrates wurden ordnungsgemäß geladen.

Mitglieder des Stadtrates	Anwe- send	Abwe- send	Bemerkung zur Anwesenheit
Erster Bürgermeister Josef Dintner	X		
Zweiter Bürgermeister Oswald Brigl	X		
Dritter Bürgermeister Hermann Kratzer	X		
Thomas Herrler	X		
Theodor Hiemer	X		
Elisabeth Holzmann		X	Entschuldigt
Jürgen Joos	X		
Dr. Jürgen Metzner	X		
Franz Miehling	X		
Michael Nagel	X		
Heike Nuber	X		
Marina Regensburger	X		
Johann Schmauser	X		
Thomas Schmidt		X	Entschuldigt
Markus Schneider	X		
Michael Schneider	X		
Susanne Schneider	X		
Gert Sorgatz	X		
Barbara Thäder	X		
Thomas Weißfeld		X	Entschuldigt
Manuel Wurm	X		

Erster Bürgermeister Dintner als Vorsitzender stellt fest, dass der Stadtrat beschlussfähig ist, da sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und 18 Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

Ortssprecher	Anwe- send	Abwe- send	Abwesenheitsgrund
Franz Brigl	X		
Konrad Schlupf	X		
Johann Wolfsteiner	X		

Verwaltung	Funktion
Michael Pfeiffer	Schriftführer
Katrin Hubmer	Bauamt

Sonstige Sachverständige bzw. sachkundige Personen, Presse

Herr Luff vom Hilpoltsteiner Kurier

Anzahl der anwesenden Bürgerinnen und Bürger: 1

III. Öffentliche Bekanntgabe der Sitzung

Zeitpunkt und Ort der Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung gemäß § 22 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat bekannt gemacht.

IV. Verlauf der Sitzung, Besonderheiten

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Die Sitzung ist öffentlich.

Eröffnung der Sitzung	Beendigung der Sitzung
19:30 Uhr	19:57 Uhr

Bürgermeister Dintner teilte mit, dass der geplante TOP 5 der öffentlichen Sitzung "Grundsteuerreform 2025" - Beschlussfassung über den Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze der Stadt Greding" gemäß der Vorberatung durch den Haupt- und Finanzausschuss von der Tagesordnung genommen werde.

Zum TOP 5 der nichtöffentlichen Sitzung habe die Rechtsaufsicht die Auffassung der Verwaltung zur Behandlung in der nichtöffentlichen Sitzung bestätigt.

Der Antrag der Freien Wähler zur Entwässerung im geplanten Baugebiet Herrnsberg werde noch geprüft und voraussichtlich in der nächsten Sitzung behandelt.

V. Behandlung der Tagesordnungspunkte

TOP 1.	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 17.10.2024
---------------	---

Sachverhalt:

Nach den Regeln der Geschäftsordnung (§ 26 Abs. 2 Satz 3 i.V.m. § 33 Abs. 4) ist die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung zu genehmigen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 17.10.2024.

TOP 2.	Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 17.10.2024
---------------	--

Sachverhalt:

Der Vorsitzende gibt die in nichtöffentlicher Sitzung vom 17.10.2024 gefassten Beschlüsse, bei denen die Gründe der Geheimhaltung weggefallen sind, der Öffentlichkeit bekannt:

TOP 2: Vergabe der Ingenieurleistungen zur Untersuchung und Reinigung der beiden Tiefbrunnen Ia und II der Trinkwasserversorgung der Stadt Greding

Der Stadtrat beauftragt das Ingenieurbüro PfK Ansbach GmbH aus Ansbach, auf Grundlage des vorliegenden Honorarangebots und der HOAI 2021 mit den Leistungsphasen 2 – 9 mit

der Betreuung, Untersuchung, Reinigung und dem Erstellen eines Berichts über die Ergebnisse der Brunnenuntersuchung und Bestandserhebungen der beiden Tiefbrunnen I a und II der Wasserversorgung Greding. Die Kosten für die Ingenieurleistungen der Leistungsphasen 2 – 9 betragen nach dem Honorarangebot vom 06.09.2024 26.131,89 Euro (brutto).

TOP 3: Anschaffung Atemschutzausrüstung für MLFs FF Herrnsberg u. FF Grafenberg, sowie TLF FF Greding

Der Stadtrat beauftragt die Firma Wolfgang Jahn GmbH in Wendelstein mit der Lieferung der Atemschutzausrüstungen auf Grundlage des vorliegenden Angebotes mit einer Brutto-Angebotssumme in Höhe von 41.308,87 EUR. Die Auslieferung und die Rechnungsstellung erfolgt gemäß Haushaltsplanung in zwei Teillieferungen bzw. -rechnungen.

TOP 3. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge

Sachverhalt:

Der Stadtrat wird über folgende Bauanträge, wozu durch die Verwaltung das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde, in Kenntnis gesetzt:

- Xaver Großhauser, Fabi-Espan 7, Obermässing, Bauantrag auf Neubau eines Carports und einer Terrassenüberdachung

TOP 4. Erlass einer Satzung über die Herstellung und Ablösung von Garagen und Stellplätzen

Sachverhalt:

Durch die Nachverdichtung von Grundstücken kommt es gerade in den Siedlungen, die oft durch schmale Stichstraßen erschlossen sind, zu Problemen mit dem Anwohnerverkehr.

Aus der Bayerischen Bauordnung ergeben sich Vorschriften, die bei jedem Bauvorhaben zu beachten sind. So dürfen bauliche Anlagen sowie andere Anlagen, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr zu erwarten ist, nur errichtet werden, wenn die notwendigen Stellplätze und Garagen hergestellt werden.

Die Anzahl richtet sich momentan nach der Anlage 1 der Garagen- und Stellplatzverordnung.

Da sich zusätzlich zur dichteren Bebauung auch noch die Anzahl der Fahrzeuge pro Wohneinheit erhöht hat und Fahrzeuge, die auf öffentlichen Verkehrsflächen abgestellt werden zu Behinderungen des fließenden Verkehrs sowie für den Rettungs- und Winterdienst führen, ist es das Ziel der Satzung sicherzustellen, dass eine ausreichende Zahl an Stellplätzen auf dem jeweiligen Baugrundstück hergestellt wird.

In den neueren Wohnbaugebieten, die sich im Bereich eines gültigen Bebauungsplans befinden, muss bereits eine höhere Anzahl von Stellplätzen pro Wohneinheit auf dem jeweiligen Baugrundstück nachgewiesen werden.

Neben den Anforderungen an Stellplätzen für Kraftfahrzeuge sind auch Anforderungen für Fahrräder in der Satzung aufgeführt. Zur Sicherung einer qualitätsvollen und nutzerfreundlichen Unterbringung der Fahrzeuge und Fahrräder sind entsprechende Flächengrößen zur Unterbringung enthalten.

Für die Ablöse von Kfz-Stellplätzen wurden bisher 5.000,00 Euro pro abgelösten Stellplatz gefordert. Für Fahrradabstellplätze sind 200,00 Euro bei einer Ablöse angesetzt. Die Summen stellen einen Mittelwert der umliegenden Gemeinden dar.

Auf die Möglichkeit zur Ablöse besteht kein Rechtsanspruch. Dies wird im Einzelfall entschieden.

Laut Garagen- und Stellplatzverordnung muss 1 Stellplatz je Wohnung nachgewiesen werden.

Somit wird für Wohnbebauungen folgender Stellplatzschlüssel vorgeschlagen:

Nr.	Verkehrsquelle	Zahl der Stellplätze (St.)	Zusätzliche Stellplätze für Besucher	Zahl der Stellplätze für Fahrräder (FSt.)
1	Wohngebäude			
1.1	Einfamilienhäuser (das sind Einzel- Doppel- u. Reihenhäuser bezogen auf je eine Wohnung)	2 St. je Wohnung	-	2 FSt. je Wohnung
1.2	Einfamilienhäuser mit Einliegerwohnung	2 St. je Wohnung zusätzlich 1 St. je Einliegerwohnung bis 60 m ² 2 St. je Einliegerwohnung ab 60 m ²	-	2 FSt. je Wohnung zusätzlich 1 FSt. je Einliegerwohnung
1.3	Mehrfamilienhäuser und sonstige Gebäude mit Wohnungen	1 St. je Wohnungen bis 60 m ² 2 St. je Wohnungen ab 60 m ²	ab 4 Wohneinheiten (1*)	2 FSt. je Wohnung

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Joos schlug vor, die Ablöse für Stellplätze auf 10.000,-- Euro zu erhöhen.

Zweiter Bürgermeister Brigl sprach sich dafür aus, die 5.000,-- Euro Ablöse beizubehalten. Gerade in der Altstadt hätten Bauherrn oft keine andere Möglichkeit zur Erfüllung der Stellplatzpflicht.

Bürgermeister Dintner konnte sich vorstellen, zwischen Altstadt (5.000,-- Euro) und übriges Stadtgebiet (10.000,-- Euro) zu differenzieren.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 9:9

Die Ablöse von Stellplätzen soll zwischen Altstadt (5.000,-- Euro) und übriges Stadtgebiet (10.000,-- Euro) differenziert werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 12:6

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung über die Herstellung und Ablösung von Garagen und Stellplätzen.

TOP 5. Städtebauförderung - Jahresantrag 2025

Sachverhalt:

Bei der Regierung von Mittelfranken ist spätestens bis zum 01. Dezember 2024 der Jahresantrag 2025 zum Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm vorzulegen.

Die Stadt Greding erhält Mittel aus dem Programm „Innen statt Außen Altstadt“.

Den Mitgliedern des Stadtrates wird der Entwurf der Bedarfsmitteilung nochmals detailliert vorgestellt. Das Gesamtvolumen der Bedarfsmitteilung beläuft sich auf 6.114.000,00 Euro. Davon wurden bereits 539.000,00 EUR bewilligt. Der restliche Betrag teilt sich wie folgt auf die einzelnen Jahre auf:

Maßnahmen	Programmjahr 2025 in Euro	Fortschrei- bungsjahr 2026 in Euro	Fortschrei- bungsjahr 2027 in Euro	Fortschrei- bungsjahr 2028 in Euro
Vorbereitungsmaßnahmen	10.000	10.000	10.000	10.000
Baumaßnahmen	25.000	590.000	1.575.000	1.955.000
Ordnungsmaßnahmen	120.000	370.000	300.000	520.000
Fassadenprogramm	20.000	20.000	20.000	20.000
Summe	175.000	990.000	1.905.000	2.505.000

Die Verwaltung weist darauf hin, dass für die einzelnen Maßnahmen noch nähere Planungen und Kostenberechnungen zu erstellen und vom Stadtrat zu genehmigen sind. Die dargestellten Einzelmaßnahmen sind nicht verbindlich. Zusätzliche Projekte können z. B. aus dem städtebaulichen Entwicklungskonzept entstehen. Ziel ist es, dass der Stadt wie in den Vorjahren wieder ein Gesamtkontingent zugewilligt wird.

Die Zuwendungen im Städtebauförderungsprogramm waren in den Vorjahren meist sehr begrenzt. Inwieweit die angemeldeten Maßnahmen berücksichtigt werden können, bleibt abzuwarten. Insofern ist auch die Zeitplanung ggf. anzupassen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat beschließt, den Jahresantrag zum Städtebauförderungsprogramm für das Programmjahr 2025 und die Fortschreibungsjahre mit den in der Bedarfsmitteilung und den ergänzenden Erläuterungen enthaltenen Maßnahmen mit einem Volumen von 175.000,00 Euro für das Programmjahr 2025, 990.000,00 Euro für das Fortschreibungsjahr 2026, 1.905.000,00 Euro für das Fortschreibungsjahr 2027 und 2.505.000,00 Euro für das Fortschreibungsjahr 2028 bei der Regierung von Mittelfranken zu stellen.

TOP 6.

Regionalmanagement von Altmühl-Jura - Antrag zur Förderung im Rahmen der FöRLa III

Sachverhalt:

Beim Regionalmanagement von Altmühl-Jura läuft derzeit die Bewerbung für die Förderperiode 2025-2027. Dafür sind entsprechende Beschlüsse der beteiligten Gemeinden erforderlich.

Die jährliche Kostenbeteiligung der Stadt Greding beläuft sich im Jahr 2025 auf voraussichtlich 8.797,06 Euro, 2026 auf voraussichtlich 8.527,39 Euro und 2027 auf voraussichtlich 8.145,65 Euro.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Die Stadt Greding unterstützt als Gesellschafter/in der Altmühl-Jura GmbH die Beantragung des Regionalmanagements von Altmühl-Jura für die neue Förderperiode FöRLa III.

Im Fall der Bewilligung der beantragten Mittel für die Regionalmanagement Förderperiode 2025-2027, beteiligt sich die Stadt Greding an der Aufrechterhaltung und Finanzierung des Eigenanteils des Regionalmanagements gemäß den Vorgaben des StMWI.

TOP 7.

Mitteilungen und Anfragen

Sachverhalt:

Städtebauförderung

Bürgermeister Dintner gab bekannt, dass die Schlussrate für die Barrierefreien Laufwege BA 4 in Höhe von 50.600 Euro eingegangen sei. Die förderfähigen Kosten betragen 365.900 Euro. Die Gesamtförderung 219.500 Euro.

Live-Übertragung der Stadtratssitzungen

Stadtrat Markus Schneider beantragte im Namen der SPD-Fraktion eine Überprüfung, ob die Stadtratssitzungen nicht live ins Internet übertragen werden könnten.

Greding, 13.12.2024

Vorsitzender:

Schriftführer:

Josef Dintner
Erster Bürgermeister

Michael Pfeiffer